

Diakonisches Engagement für eine offene und demokratische Gesellschaft.

Vortrag

Stadtakademie Köln, 18:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.

Rüdiger Schuch
Präsident

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
T +49 30 65211-1763
F +49 30 65211-3763
praesidialbereich@diakonie.de
www.diakonie.de

Köln, den 6. Februar 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

was haben wir da in der dramatischen Auseinandersetzung im Parlament in der vergangenen Woche erlebt? Am Mittwoch bringt die Unionsfraktion einen Antrag zu einer grundlegenden Änderung der Asylpolitik in den Bundestag ein und erstmals erhält sie dafür eine Mehrheit mithilfe der AfD-Fraktion. Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik erhält ein Antrag eine Mehrheit mithilfe einer als in Teilen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft Partei.

Am Freitag gelingt es den demokratischen Parteien nicht, den ebenfalls von der Unionsfraktion eingebrachten Entwurf eines Zustrombegrenzungsgesetzes von der Tagesordnung zu nehmen, in die Ausschussberatung zu verweisen oder einen anderen Weg zu vereinbaren, mit dem ein zweiter Eklat im Konsens verhindert werden kann. Trotz der Stimmen der AfD erhält der Gesetzentwurf am Freitag keine Mehrheit, weil einige Stimmen aus der CDU und der FDP fehlen. Und anderem hatte sich Altkanzlerin Merkel zuvor zu Wort gemeldet. Aber auch bei dieser Abstimmung hat Friedrich Merz die Unterstützung der AfD billigend in Kauf genommen. Obwohl er das noch im November für sich und seine Partei öffentlich ausgeschlossen hatte. Es steht deshalb der Vorwurf des Wortbruchs im Raum – und das für ein Gesetz, das weder die massiven Probleme in der Migrationspolitik beseitigt und für

das es zugleich auch im Bundesrat keine Mehrheit gegeben hätte. Merz und die CDU-Fraktion begründeten ihren Schritt mit den Attentaten von Magdeburg kurz vor dem Weihnachtsfest und von Aschaffenburg vom 22. Januar diesen Jahres.

Die Bewertung auf Seiten der AfD ist klar: „Jetzt beginnt etwas Neues. Und das führen wir an“, ruft der AfD-Geschäftsführer Baumann. Eine Zeitenwende nennt es Timo Chrupalla. Die historische Tragweite dieser Woche machen auch SPD, Grüne und Linke deutlich, allerdings mit anderem Vorzeichen: von einem schwarzen Tag für die Demokratie, von einem politischen Sündenfall, einer Zäsur, einem Tabubruch, vom Tor zur Hölle ist die Rede.

Sie haben mich gebeten, heute mit Ihnen über das diakonische Engagement für eine offene und demokratische Gesellschaft zu sprechen. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung zu diesem Abend und für die Möglichkeit, zu Ihnen zu sprechen und vor allem, mit Ihnen heute in den Austausch kommen zu können. Die zugespitzte, kompromisslose Debatte im Bundestag, die unversöhnliche, emotionale Polarisierung bis in das Herz der Demokratie hinein zeigt mir, wie notwendig unser Einsatz für eine offene und demokratische Gesellschaft ist.

Lassen Sie mich zu der aktuellen Debatte sagen: Selbstverständlich verurteilt die Diakonie jede Form von Gewalt. Die Attentate von Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg sind schrecklich und sie zeigen auf, welche eklatanten Fehler den zuständigen Behörden unterlaufen können, wie überfordert sie zum Teil sind und ja, es wird deutlich, dass zunehmend mehr Bürgerinnen und Bürger einen „vermeintlich“ unkontrollierbaren Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen ablehnen. Abgesehen davon, dass es diesen nicht gibt, erwarten wir von der Politik, dass sie mit einer sachbezogenen Auseinandersetzung und differenzierten Maßnahmen auf komplexe Probleme reagiert. Und die Asyl- und Migrationspolitik ist ein komplexes Problem. Populismus ist die falsche Antwort, die Zusammenarbeit mit der extremen Rechten ebenfalls. Von der Politik erwarten wir auch, dass sie Kompromisse auslotet, dass sie keine entweder/oder, ganz oder gar nicht Situationen herbeiführt. Mit der Devise „all in“ sollte keine demokratische Partei Politik betreiben. Ich denke, damit hat die CDU der Demokratie einen Bärendienst erwiesen. Dabei hat genau dieselbe CDU/CSU-Bundestagsfraktion am selben Tag, am vergangenen Freitag gezeigt, dass sie natürlich auch ganz anders kann. Mit den Stimmen der CDU/CSU ist am Freitag das „Gesetz zum Schutz von Frauen vor Gewalt“ mit SPD und Grünen gemeinsam verabschiedet worden. Es reagiert u.a. darauf, dass laut BKA allein 2023 155 Frauen durch Partnergewalt ums Leben gekommen sind. Auch dies entsetzliche Gewalttaten. Aber sie wurden nicht instrumentalisiert, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Im Gegenteil: Union, SPD und Grüne haben das Gewalthilfegesetz diskutiert, modifiziert und sich geeinigt. Abgeordnete können eben sinnvoll zusammenarbeiten, über Parteigrenzen hinweg. Für

stabile Mehrheiten und breit getragene gesetzliche Regelungen braucht es demokratische Zusammenarbeit, selbstverständlich mit allen demokratischen Parteien.

Sie baten mich um einen Vortrag zu der Frage, wie wir als Diakonie, als Kirche und als Zivilgesellschaft gemeinsam Haltung zeigen können – und Haltung zeigen müssen – für eine offene, diverse, demokratische Gesellschaft; aber auch zum Spannungsfeld, in dem wir uns dabei immer auch bewegen: im Spannungsfeld zwischen Zuspruch und Widerspruch. Gern komme ich dem nach und möchte vier Aspekte skizzieren, die wir in unserem Gespräch im Anschluss gemeinsam vertiefen können. 1. Gefährdung von Rechtsstaat und Demokratie. 2. Veränderungsdruck und Verluste, 3. Starker Sozialstaat. Und 4. Orte der Verständigung.

Zum ersten Punkt:

1. Gefährdung von Rechtsstaat und Demokratie

Unsere Demokratie ist gefährdet. Wie stark ist sie gefährdet? Die aktuellen Umfragen zur anstehenden Bundestagswahl am 23. Februar sehen die AfD bei rund 20% Zustimmung. Die AfD insgesamt wird vom Verfassungsschutz derzeit als rechtsextremistischer Verdachtsfall betrachtet. Die Landesverfassungsschutzbehörden in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt stufen die Partei dort als gesichert rechtsextremistisch ein. Wie sich gerade die Ereignisse der letzten Woche auf die Wahlentscheidungen auswirken, bleibt abzuwarten. Ich gehe davon aus, dass die AfD davon profitieren wird.

Ein anderer Gedanke: Im späten August letzten Jahres, während einer Besuchsreise durch Hessen, Thüringen und Sachsen: Ich besuche die Diakonie Hephata in Schwalmstadt-Treysa, unweit von Kassel, die in der Eingliederungshilfe engagiert ist. Im Gespräch erzählt Klaus Astheimer – er ist Werkstatttratt in der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen –, dass es ihm Angst macht, wenn er liest, dass die AfD, dass Björn Höcke das Ende des von der AfD so genannten „Inklusions-Projekts“ fordert. „Was passiert mit den Angeboten für Menschen mit Behinderung, wenn die AfD an Macht und Einfluss gewinnt?“, fragt er. Mich hat beeindruckt, dass Klaus Astheimer es nicht bei der Angst belässt. Er geht zu Demos gegen Rechtsextremismus. Er macht mit bei der Initiative für eine offene Gesellschaft. Er stellt Strafanzeige, wenn er menschenfeindliche Sprüche auf Demo-Plakaten sieht, zum Beispiel auf Gegendemos gegen den CSD, wie es sie im Sommer an einigen Orten gab, in diesem Fall in Bautzen.

Ein drittes Blitzlicht: Kolleginnen und Kollegen aus der Migrationsberatung in Meißen erzählen – auch bei einem Besuch im Rahmen der Sommerreise – von erschreckenden Formen des alltäglichen Rassismus, von Anfeindungen, die sie selbst erfahren und die die Menschen erfahren, die bei uns Schutz und Heimat suchen. Ein Kind mit Migrationsgeschichte wird zwischen zwei Orten von der Busfahrerin aus dem Bus verwiesen und stehengelassen. Die Busfahrerin wird nach massiver Beschwerde lediglich auf eine andere Linie versetzt. Begründung: Fachkräftemangel! In einer Schule wird nichts unternommen, wenn ein Lehrer offen die Embleme der „Freien Sachsen“ im Unterricht trägt.

Ein letztes Beispiel: Im Gespräch mit Demokratie-Beraterinnen in Erfurt wird von einer Frau berichtet, die dringend eine Knie-OP braucht. Aufgrund ihrer autistischen Behinderung stoßen die Mitarbeitenden ihrer Einrichtung bei Ärzten und Krankenhäusern auf Ablehnung, auch in diakonischen Krankenhäusern. Zu aufwendig.

Sehr verehrte Damen und Herren,

manches Mal bekomme ich die Frage gestellt: Warum soll die Diakonie sich überhaupt politische äußern und sich für die Demokratie stark machen? Was hat denn das mit der Arbeit der Diakonie zu tun? Aber über aktuelle sozialpolitische Herausforderung können wir als Diakonie nicht sprechen, ohne dass wir auf die Gefährdung unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates schauen. Demokratie und Rechtsstaat sind die Grundlage unserer Arbeit. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung bildet den verlässlichen Rechtsrahmen, um für soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu arbeiten und sich sozialanwaltschaftlich für diejenigen einzusetzen, die an den Rand dieser Gesellschaft gedrängt werden. Wir können nicht zulassen, dass unser Rechtsstaat derart erodiert. Ein Kind mit gültigem Fahrausweis hat das Recht, von einem öffentlichen Bus befördert zu werden. Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe und auf gesundheitliche Versorgung. Diese Menschen, egal ob in Armut, mit einer Behinderung, einer psychischen Erkrankung oder einer Migrationsgeschichte, stehen bei uns im Mittelpunkt und sie müssen sich sicher sein können, dass sie in ihrer Würde und Verschiedenheit angenommen und geachtet werden.

Für die Diakonie ist glasklar, dass menschenfeindliche, abwertende, ausgrenzende Ideologien sich nicht mit dem Gebot der Nächstenliebe vertragen. Das Liebesgebot ist das Zentrum christlich-jüdischer Ethik und setzt den Grundimpuls allen diakonischen Handelns. In vielen Gesprächen habe ich erfahren, dass es heute in unserem Land an einigen Orten, in einigen Arbeitsfeldern und immer häufiger sehr viel Mut und Standhaftigkeit braucht, um diese Überzeugung zu verteidigen und für sie einzustehen. Und ich habe Mitarbeitende der Diakonie erleben dürfen, die diese Standhaftigkeit

aufbringen. Das ist beeindruckend. Es ist aus meiner Sicht sehr wichtig, dass wir unser Möglichstes tun, um sie zu unterstützen und zu stärken.

2. Veränderungsdruck und Verluste

Es ist unruhig in unserem Lande: Die einen artikulieren laut ihre Wut über vermeintlich überzogene „woke“ Politik, die anderen spüren eine sich immer mehr in die Seele hineinfressende Unsicherheit, ob sie eine gute Zukunft haben, ihr „hart erarbeiteter Wohlstand“ nicht gefährdet ist, wiederum andere verzweifeln an der Unwilligkeit vieler, dem Klimawandel entschieden entgegenzutreten, andere fürchten den Krieg. Nicht wenige lassen sich verleiten, in Geflüchteten und Migrant:innen den Grund allen Unglücks zu sehen. Und nicht wenige fühlen sich unverstanden und abgehängt. Der demographische Wandel stellt Wirtschaft und Daseinsvorsorge vor enorme Herausforderungen. Es ist unruhig in unserem Land und ja, die Sorge wächst, dass dieses Land, dass Europa eben keine gute und sichere Zukunft hat. Und mittendrin in dieser Gemengelage stellt sich die Frage nach der Zukunft des Sozialstaates.

Woher kommen die hohen Zustimmungswerte für rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen und Parteien? Übrigens nicht nur im Osten Deutschlands, das möchte ich betonen. In Hessen ist die AfD die stärkste Oppositionspartei im Landtag, in Württemberg steigt der Zuspruch für die AfD rasant an und über NRW werden wir vielleicht später noch diskutieren. Also: nicht nur im Osten Deutschlands, und auch nicht nur bei Anhängern der AfD.

Eine Antwort sehe ich in der Vielzahl großer gesellschaftlicher Herausforderungen:

Menschen erleben einen **hohen Veränderungsdruck**. Die Anforderungen der notwendigen sozial-ökologischen Transformation und der digitale Wandel in allen Lebens- und Arbeitsbereichen sind nur zwei Stichworte, die zu diesem Veränderungsdruck beitragen. Dieser Veränderungsdruck wird verschärft durch den Dauerkrisenmodus, in dem wir uns seit Jahren befinden: die Folgen des Klimawandels, die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und leider nicht nur dort, sondern genauso verheerend in Israel und Gaza – wo die Menschen nun endlich auf einen dauerhaften Waffenstillstand und die Freilassung der Geiseln hoffen dürfen, so fragil dieses Abkommen auch ist – und in vielen anderen, vergessenen Kriegen und Konflikten.

Der Soziologe Andreas Reckwitz bezeichnet Populismus, und bezieht sich dabei insbesondere auf den rechten Populismus, als „politisches Verlustunternehmertum“. Er meint damit Folgendes: Verlust Erfahrungen, die Menschen machen, insbesondere Verlust Erfahrungen, die ganze

Gesellschaften oder Gesellschaftsgruppen machen, werden für eine Politik genutzt, die mit ihren Versprechen und mit ihren Slogans rückwärtsgewandt ist: Es soll wieder so werden, wie es einmal war, wie es war, als alles irgendwie gut war. Amerika soll wieder groß werden, Deutschland wieder normal. Und wer kennt sie nicht, diese Sehnsucht, dass es wieder so werden möge wie früher? Der Schriftsteller Joachim Meyerhoff hat einem seiner Romane den Titel gegeben: „Wann wird es endlich wieder so, wie es **nie** war?“ Das beschreibt diese Sehnsucht sehr gut – und auch, dass manches doch eigentlich früher auch gar nicht so gut war – und trotzdem bleibt die Sehnsucht nach etwas, was verloren ist. Die Verluste, die objektiv messbaren und die subjektiv empfundenen, sind real, weil sie als Verluste erlebt werden – und es ist wichtig, dies zu sehen und anzuerkennen.

Wenn der inzwischen schon sprichwörtlich gewordene „alte weiße Mann“ seine Deutungshoheit verliert, dann mag es gesellschaftlich längst überfällig sein, dass nun auch mal andere verstärkt zum Zuge kommen. Auf individueller Ebene wird diese Erfahrung ganz offensichtlich sehr oft als massiver Verlust erlebt – Verlust von Bedeutung, Einfluss und Anerkennung. Wenn traditionelle Lebensentwürfe und Vorstellungen als verbindende Norm in Frage gestellt werden, wenn Sprache sich ändert, wenn plötzlich ganz unterschiedliche Ernährungsgewohnheiten berücksichtigt werden sollen – dann bedeutet dies für die einen: Sie werden sichtbarer, sie werden gleichberechtigter, sie werden in ihrer Art zu leben wahrgenommen und bedacht. Endlich! Und oftmals trotzdem noch nicht genug.

Für die anderen bedeutet dies: Ihre Vorstellungen vom richtigen und guten Leben werden infrage gestellt, ihre Essgewohnheiten, Sprechgewohnheiten, Lebensgewohnheiten sollen plötzlich nicht mehr gut genug sein? Das fühlt sich dann an wie ein Verlust. Oder in der Logik des „politischen Verlustunternehmertums“ des Populismus: Wie ein Verbot: „Oder darf man das jetzt auch nicht mehr sagen...?“ Doch, man darf. Allermeistens darf man. Aber es gibt nun auch andere, die ihre Sichtweise, ihre Bedürfnisse, ihre Lebensweise sichtbar und hörbar machen – und die auch Ansprüche stellen, an die Gesellschaft als Ganzes und an Einzelne.

Und es gibt eben die großen, globalen Herausforderungen, die Krisen und Notlagen, die uns als Gesellschaft und auch als Weltgemeinschaft zu Veränderungen zwingen und uns mit Verlusten konfrontieren und uns dabei emotional immer wieder massiv herausfordern. Auch überfordern.

Populismus arbeitet mit diesen Verlusterfahrungen und verspricht einfache Lösungen. Und der Rechtspopulismus tut dies, indem die Schuldigen für diese Verlusterfahrungen im vermeintlichen Außen gesucht werden: Menschen, die zugewandert sind oder deren Eltern zugewandert sind – oder auch Menschen, die aus anderen Gründen als abweichend, als „nicht normal“ betrachtet werden –

weil sie anders leben, anders lieben, anders sprechen, anders aussehen, anders denken, anders glauben, anders ticken, anders geboren sind, als es dieses „Normal“ der Rechtspopulisten und der Rechtsextremen vorsieht. Dies führt zu Ausgrenzung und Abwertung, und in allerletzter Konsequenz führt das zu tödlicher Gewalt. Diese Abwertung und Ausgrenzung betreffen auch die Menschen, die in den Einrichtungen und Diensten der Diakonie arbeiten, und sie betreffen ganz besonders viele der Menschen, die in diakonischen Einrichtungen betreut werden, die hier leben, hier beraten und begleitet werden.

Ausgrenzung und Abwertung, das widerspricht unserer diakonischen Haltung, unserem Wertefundament. Wir setzen uns für den Schutz der Menschenwürde ein. Zwei Aspekte scheinen mir hierfür zentral: 1. Ein starker Staat mit einer guten, klugen Sozialpolitik. Und 2. Einander zuhören.

3. Die bleibende Bedeutung des Sozialstaats

Meine Damen und Herren,

Politik lebt vom Vertrauen! Aber gerade dieses Vertrauen in die Lösungskompetenz der demokratischen Parteien schwindet zunehmend angesichts der enormen Herausforderungen, die wir gesamtgesellschaftlich zu bewältigen haben. Krisenerfahrungen, wachsende gesellschaftliche Ungleichheit, Gefühle von Unsicherheit, von Kontrollverlust und von mangelnder politischer Teilhabe bieten ein Einfallstor für antidemokratische und nationalistische Anschauungen. Es ist daher höchste Zeit, das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates zurückzugewinnen, Sicherheit zu vermitteln, ohne dabei Freiheitsrechte unnötig einzuschränken.

Hierfür brauchen wir einen starken Sozialstaat. Denn neben der äußeren und inneren Sicherheit ist die soziale Sicherheit die dritte wichtige Säule und von enormer Bedeutung, will man die Stabilität Deutschlands nicht gefährden. Kürzungen des Sozialtats, Unterfinanzierung der Jobcenter, Kürzungen bei den Integrationskursen und bei den psychosozialen Zentren für Menschen mit traumatischen Fluchterfahrungen, sind die falsche Antwort. Wir dürfen die staatlichen Haushalte nicht auf dem Rücken der Schwachen in der Gesellschaft konsolidieren. Vielmehr brauchen wir Investitionen in die soziale Sicherheit.

Menschen haben konkrete Probleme. Sie finden keinen Platz in einer Pflegeeinrichtung. Sie sind mit der häuslichen Pflege überfordert. Sie brauchen Beratung, weil sie überschuldet sind oder weil ihr Leben, aus welchem Grund auch immer, aus dem Lot geraten ist. Menschen finden keine bezahlbare Wohnung. Sie sind chronisch krank und können ihre Medikamente nicht bezahlen. Kinder aus armen

Haushalten scheitern an unserem Bildungssystem. Zuwanderer wollen in unserem Land eine neue Heimat finden. Sterbende brauchen einen Ort, um in ihren letzten Lebenswochen gut begleitet zu sein.

Es geht um diese und um weitere Lebenslagen. Der Gesetzgeber muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen und Lösungen anbieten: eine grundlegende Pflegereform, ein Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut, eine Reform für ein sozial gerechtes Bildungssystem, eine für alle gut zugängliche gesundheitliche Versorgung, die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt, eine gut ausgestattete Jugendsozialarbeit, ein Recht auf einen Freiwilligendienst.

Investitionen in gute und erreichbare Unterstützungs- und Bildungsangebote sind nachhaltige Investitionen in die Zukunft. Sie verbessern individuelle Entwicklungschancen und stärken das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Sie fördern den sozialen Frieden, der für den Wohlstand unseres Landes unerlässlich ist.

Machen wir uns klar: soziale Sicherheit kostet, wie innere und äußere auch. Wird eines vernachlässigt, fällt die Stabilität des Staates wie ein Stativ in sich zusammen, weil ein Bein wegbricht. Ich wünsche mir, dass die Politik nicht ängstlich auf die Schuldenbremse schaut und es zudem wagt, eine Besteuerung der sehr Wohlhabenden ernsthaft zu prüfen. Ich wünsche mir, dass die Politik darauf schaut, was Menschen brauchen, um an dieser Gesellschaft teilhaben zu können. Dafür setzen wir uns politisch ein.

4. Orte der Verständigung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir brauchen keine weitere Spaltung der Gesellschaft, sondern im Gegenteil: Initiativen und Engagement, um Spaltung zu überwinden. Es gibt sehr viele soziale Schieflagen in unserem Land, es gibt Verunsicherung und Überforderung angesichts sich überlagernder Krisen, enttäuschte Erwartungen, Vertrauensverluste in die Politik, auch in die Kirche und andere gesellschaftliche Institutionen. Den Eindruck, dass niemand zuhört, hinhört, ernst nimmt, was die Menschen in ihrem Alltag umtreibt. Mir ist daher sehr wichtig und ich möchte die heutige Gelegenheit dazu nutzen, dafür zu werben: Wir brauchen mehr Orte, um Konflikte offen anzusprechen, um unterschiedliche Sichtweisen auszutauschen und manchmal auch einfach mal auszuhalten. Orte, um Vertrauen neu aufzubauen. Wir brauchen Verständigungsorte. Unter dem Hashtag #VerständigungsOrte wollen sich Kirche und Diakonie in den kommenden Monaten dafür verstärkt engagieren: Für solche Orte der

Verständigung, für solche Gespräche, für eine Rückbesinnung auf das, was uns zusammenhält, was uns verbindet.

Um die Verbindung, den Weg zueinander zu finden, ist oftmals viel Wohlwollen gefragt. Das merken wir mitunter auch in unseren Einrichtungen, am Arbeitsplatz, im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen, oder auch mit Klient:innen und deren Angehörigen. Wir müssen einander zuhören und einander dabei mit Wohlwollen begegnen. Nur so kann es uns gelingen, in kleinen Alltagssituationen oder bei großen Veranstaltungen, aus Konfliktarenen Verständigungsorte zu machen. Wir müssen uns als Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Überzeugungen ernst- und annehmen. Dies ist die Basis für echte Verständigung. Die Diakonie mit ihren vielen, dezentralen Diensten und Einrichtungen hat die Möglichkeit, Türen zu öffnen, einzuladen und zur Verständigung beizutragen. Auch die heutige Veranstaltung begreife ich als einen solchen Verständigungsort, und ich möchte Sie einladen, auch in Ihren Räumen und an den Orten, an denen Sie arbeiten und sich engagieren, weitere solcher Verständigungsorte zu gestalten. Manchmal werden wir dann Menschen hören, deren Meinung und Haltung wir nicht teilen. Aber nur wenn wir uns wirklich füreinander interessieren, für die Lebensgeschichten, die uns dorthin gebracht haben, wo wir gerade stehen, werden wir einander näherkommen und uns miteinander verständigen können.

Wo allerdings die Menschenwürde angegriffen wird, dürfen wir es nicht beim wohlwollenden Zuhören belassen. Dort müssen wir Partei ergreifen für die Angegriffenen und für die Demokratie. Wenn Menschen sich rassistisch oder antisemitisch, sexistisch, behindertenfeindlich oder auf andere Weise menschenfeindlich äußern, wenn sie rechtsextreme Positionen verbreiten, müssen wir deutlich werden und eine ganz klare Grenze ziehen: Menschenfeindliche Äußerungen und Handlungen sind mit den Werten der Diakonie und mit dem Leitbild der christlichen Nächstenliebe nicht zu vereinbaren. Sie sind nicht zu vereinbaren mit der Demokratie. Dies können wir so deutlich sagen – und dies müssen wir so deutlich sagen – und uns dabei an die Seite derjenigen stellen, die Ausgrenzung und Abwertung erfahren. **Sie** müssen geschützt und gestärkt werden. **Sie** müssen gehört werden und sich dabei an einem für sie sicheren Ort, in einem für sie sicheren Umfeld wissen.

Im Alltag der diakonischen Arbeit bewegen wir uns dabei manches Mal in einem Spannungsfeld zwischen Zuspruch und Widerspruch; denn es sind mitunter auch Klientinnen und Klienten, Bewohnerinnen und Bewohner der Diakonie oder die eigenen Mitarbeitenden, die sich abwertend über andere Menschen äußern. Auch Personen, die selbst Abwertung und Ausgrenzung erfahren, werten andere ab, grenzen andere aus. Als Menschen benötigen sie unseren ungeteilten Zuspruch und müssen ihn auch unangefochten erhalten; solche Positionen aber erfordern mitunter deutlichen Widerspruch. Dies ist in der Praxis oft schwierig und herausfordernd, aber wir müssen uns dieser

Herausforderung stellen – als Diakonie und als Gesellschaft insgesamt – wenn wir gut und sicher zusammenleben wollen.

5. Schluss

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal auf den Anfang meines Vortrags, auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der demokratischen Parteien zurückkommen. Die Bundestagsfraktionen hatten sich mit der Auflösung der Ampel-Koalition darauf verständigt, keine Abstimmungen herbeizuführen, in der die Stimmen der AfD ausschlaggebend sind. Die massiven Proteste gegen die Erosion dieser gemeinsamen Haltung - in den Parteien, auf der Straße und auch von prominenten Stimmen aus Kultur, Politik und Gesellschaft zeigen aus meiner Sicht: Auch wenn die Meinungen zu einzelnen politischen Problemen zum Teil weit auseinandergehen - die Mehrheit der Menschen will nach wie vor, dass die Probleme innerhalb des demokratischen Spektrums gelöst werden und nicht in der Zusammenarbeit mit Extremisten. Auf dem CDU-Parteitag vergangenen Montag hat der Kanzlerkandidat der Union sein Versprechen erneuert, nach der Bundestagswahl nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten. "Vorher nicht, nachher nicht, niemals". Auf dieser Basis werden wir auch zukünftig unsere politischen Vorschläge in Fragen der Migration und Integration, aber auch in allen anderen Feldern der Gesundheits- und Sozialpolitik sehr gern mit den demokratischen Parteien diskutieren und zusammenarbeiten.

Wir orientieren uns dabei an unserem Auftrag. Dem Auftrag, Gottes Liebe gerade für die Menschen erfahrbar zu machen, die Hilfe und Unterstützung brauchen und die verletzte Würde dieser Menschen zu schützen. Aber auch dem Auftrag, zuzuhören, Sorgen ernst zu nehmen, dem anderen ungeteilte Aufmerksamkeit zu schenken, ihn verstehen zu wollen. Der Einsatz für unsere Demokratie und für unseren Rechtsstaat findet vor Ort statt, im Alltag, in den Dörfern, den Nachbarschaften, den Städten, am Arbeitsplatz, in Vereinen, in der Schule. Für eine offene und inklusive Gesellschaft ist es wichtig, dass Kirche und Diakonie sich aus diesen Räumen nicht zurückziehen, dass sich die Menschen nicht zurückziehen, die von der Hoffnung leben, dass sich Verhältnisse ändern lassen. Die Botschaft von der Menschenfreundlichkeit Gottes hat diese verändernde, diese gestaltende Kraft.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!